Bitkom e.V. | Presseinformation zur Pressekonferenz

KI auf dem Amt? – Die große Mehrheit sagt Ja

- **Jeder Achte würde die Entscheidung über seinen Antrag allein einer KI überlassen**
- **Fast drei Viertel wünschen sich eine Verwaltung, die von sich aus aktiv wird**
- **Portugal ist Partnerland der Smart Country Convention vom 13. bis 15. Oktober in Berlin**



Berlin, 06. Oktober 2026 - Die Menschen in Deutschland wollen KI auf dem Amt. 70 Prozent wünschen sich, dass bei der Bearbeitung ihres Antrags Künstliche Intelligenz eingesetzt wird. Im Vorjahr waren es erst 63 Prozent. 12 Prozent würden Prüfung und Entscheidung sogar vollständig einer KI überlassen, fast doppelt so viele wie 2025 mit 7 Prozent. Mit 23 Prozent will rund ein Viertel, dass eine KI den Antrag prüft und ein Mensch final entscheidet (2025: 17 Prozent). Und 35 Prozent möchten, dass ein Mensch prüft und entscheidet, dann aber eine KI die Entscheidung kontrolliert (2025: 39 Prozent). Nur noch 26 Prozent sagen, dass ihr Antrag ganz ohne KI bearbeitet werden soll. Vor einem Jahr lag der Anteil bei 31 Prozent. Das ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung von 1.004 Personen ab 18 Jahren im Auftrag des Digitalverbands Bitkom anlässlich der Smart Country Convention (SCCON). Die Veranstaltung findet vom 13. bis 15. Oktober in Berlin statt. Die Ergebnisse haben Bitkom und Messe Berlin gemeinsam mit Vertretern des Partnerlands Portugal heute vorgestellt. „KI ist die digitale Schlüsseltechnologie unserer Zeit, und Verwaltungen können massiv davon profitieren“, sagt **Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder**. „KI kann Anträge prüfen, Unterlagen auswerten und nicht nur Routinefälle bearbeiten. Die Menschen wollen, dass die Verwaltung die Technologie nutzt. Wie der Staat mit KI schneller und bürgerfreundlicher werden kann, ist deshalb eines der großen Themen der Smart Country Convention.“

Dr. Mario Tobias, CEO der Messe Berlin: „Die Smart Country Convention wächst weiter – Mehr als 23.000 Teilnehmende, über 600 Aussteller und erstmals drei ausgebuchte Messehallen zeigen, wie groß der Bedarf an Austausch und praxistauglichen Lösungen für die Digitalisierung des Public Sectors ist. Gerade in Zeiten, in denen Digitalisierung, Sicherheit und Resilienz immer enger zusammengehören, bringt die SCCON die Menschen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen, die den digitalen Staat gestalten.“

Wie ein digitaler Staat aussehen kann, zeigt der Blick über die Grenzen. Drei Viertel der Deutschen (75 Prozent) sind überzeugt, dass Deutschland bei der Digitalisierung von Städten und Regionen noch viel vom Ausland lernen kann, wie auch das Beispiel Portugals zeigt.

Philomène Dias, Vorstandsmitglied von AICEP Portugal & Invest: „Portugal freut sich, offizielles Partnerland der SCCON 2026 zu sein. Diese Partnerschaft spiegelt die enge Zusammenarbeit zwischen Portugal und Deutschland bei der Weiterentwicklung der digitalen Verwaltung und der Modernisierung des öffentlichen Sektors wider. „Die SCCON 2026 bietet eine Plattform, um technologische Spitzenleistungen aus Portugal zu präsentieren, strategische Investitionen anzuziehen und die wirtschaftlichen Beziehungen zu stärken – und festigt damit Portugals Position als führende Digitalnation und Technologiestandort."

Die Menschen wollen einen Staat, der mitdenkt

Mit der Digitalisierung wachsen auch die Ansprüche an die Verwaltung. 73 Prozent und also rund drei Viertel der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger wünschen sich eine Verwaltung, die von sich aus auf sie zukommt, zum Beispiel wenn ihnen eine Leistung wie Kindergeld oder Bafög zusteht oder der Ausweis verlängert werden muss. 30 Prozent wollen automatisch informiert werden, dass sie aktiv werden können, und 32 Prozent wollen automatisch gefragt werden, ob sie die Leistung in Anspruch nehmen wollen, so dass sie das zum Beispiel nur noch bestätigen müssen. Und 11 Prozent fänden es am besten, wenn die Behörde die Leistung gleich automatisch für sie beantragt. 21 Prozent wollen hingegen nicht, dass Behörden von sich aus aktiv werden. Läuft ein Antrag, möchten 85 Prozent während der Bearbeitung jederzeit online den aktuellen Stand und die voraussichtliche Bearbeitungszeit sehen können. 62 Prozent sprechen sich dafür aus, dass Behörden untereinander mehr Daten austauschen, damit sie nicht immer wieder dieselben Angaben machen müssen. „Der Staat weiß, wann ein Ausweis abläuft und wem eine Leistung zusteht. Er sollte dieses Wissen nutzen und von sich aus aktiv werden", sagt Rohleder.

Kommunen werden digitaler – aber die Schere öffnet sich

Schon heute ist eine Mehrheit mit den Behörden zufrieden, mit denen sie in Kontakt tritt: 26 Prozent sind sehr zufrieden, 35 Prozent eher zufrieden. Umgekehrt sind 18 Prozent eher und 17 Prozent sehr unzufrieden. Zugleich gehen Klagen über lange Bearbeitungszeiten zurück, wenn auch auf hohem Niveau. 74 Prozent sagen, Behörden brauchen zu lange, um ihre Anliegen zu bearbeiten. Im Vorjahr waren es noch 85 Prozent.

Insgesamt hält mit 53 Prozent eine knappe Mehrheit ihre Stadt oder Gemeinde für digital fortgeschritten, 2025 waren es 50 Prozent. Aber die Einschätzungen an den Rändern gehen weiter auseinander. Inzwischen sieht ein Viertel (25 Prozent) die eigene Kommune als sehr fortgeschritten, nach 18 Prozent im Vorjahr. Gleichzeitig halten 19 Prozent ihre Kommune für sehr rückständig, gegenüber 16 Prozent im Vorjahr. Einen kompetenten Umgang mit der Digitalisierung trauen 71 Prozent ihrer eigenen Verwaltung zu, praktisch genauso viele wie vor einem Jahr mit 70 Prozent.

Schnellere Digitalisierung gewünscht

Trotz aller Fortschritte reicht den Menschen das Tempo der Digitalisierung vor Ort nicht. 91 Prozent wünschen sich, dass ihre Stadt- oder Gemeindeverwaltung die Digitalisierung mit mehr Nachdruck verfolgt – so viele wie nie seit 2019. In allen Altersgruppen bis 64 Jahre sind es jeweils 94 Prozent, bei den ab 65-Jährigen ist es mit 83 Prozent ebenfalls eine deutliche Mehrheit. Damit die Digitalisierung schneller vorankommt, sehen die Bürgerinnen und Bürger die Politik in der Pflicht. 67 Prozent sagen, Deutschland müsse deutlich mehr Geld in die Digitalisierung der Verwaltung investieren. 66 Prozent wünschen sich, dass die Umsetzung der Digitalisierungsversprechen der Politik gemessen wird. „Die Bundesregierung hat die Modernisierung des Staats in den Mittelpunkt ihrer Digitalpolitik gerückt. Jetzt muss sie überall vor Ort ankommen", sagt Rohleder. „Wo Kommunen digitale Lösungen konsequent einsetzen, spüren die Menschen das. Gute Lösungen müssen schneller in die Fläche gebracht werden, keine Kommune muss das digitale Rad neu erfinden."

Ganz konkrete digitale Angebote vor Ort sind den Menschen wichtig. 83 Prozent wünschen sich zum Beispiel eine App, mit der sie Mängel im öffentlichen Raum melden können. 79 Prozent wollen eine intelligente Straßenbeleuchtung, 72 Prozent Echtzeit-Informationen zu Bus und Bahn. 66 Prozent hätten gerne kostenloses öffentliches WLAN, 65 Prozent eine Echtzeit-Anzeige freier Parkplätze und 63 Prozent ein Online-Dashboard zu Umwelt- und Verkehrsdaten. Smarte Mülltonnen mit Füllstandsmeldung finden 56 Prozent wichtig. Am unteren Ende rangiert mit 53 Prozent der Wunsch

nach einer digitalen Bürgerbeteiligung. Gleichzeitig meinen aber 65 Prozent, Bürgerinnen und Bürger sollten stärker an Digitalprojekten ihrer Stadt oder Region beteiligt werden (2025: 62 Prozent).

Smart Country Convention zeigt, wie der Public Sector digital wird

Wie Städte und Regionen smart werden und sich die Digitalisierung von Verwaltungen voranbringen lässt, zeigt die Smart Country Convention, Deutschlands führende Veranstaltung für die Digitalisierung des öffentlichen Sektors. Vom 13. bis 15. Oktober 2026 kommen auf dem Berliner Messegelände mehr als 23.000 Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zusammen. Es werden mehr als 850 Speaker auf insgesamt sieben Bühnen erwartet, darunter **Dr. Karsten Wildberger**, Bundesminister für Digitalisierung und Staatsmodernisierung, **Gonçalo Matias**, portugiesischer Minister für Staatsreform und öffentliche Verwaltung, **Alois Rainer**, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, **Ina Scharrenbach**, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen sowie Bitkom-Präsident **Dr. Ralf Wintergerst**. Zudem erwarten Besucherinnen und Besucher über 600 Aussteller und vielfältige Weiterbildungsangebote direkt vor Ort. Die Kombination aus Kongress, Workshops, Expo und Networking richtet sich an Entscheidungsträger und Beschäftigte aus Verwaltung, Politik, Digitalwirtschaft, Verbänden und Wissenschaft. Die Schirmherrschaft der SCCON hat das Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung übernommen, Partnerland 2026 ist Portugal.

Erster Resilience Day auf der SCCON

Im Mittelpunkt der SCCON stehen Staatsmodernisierung, Verwaltungsdigitalisierung, Künstliche Intelligenz, digitale Teilhabe, digitale Souveränität, Cybersicherheit sowie in diesem Jahr das Thema Widerstandsfähigkeit im Krisenfall. Diesem Thema widmet die Smart Country Convention erstmals einen eigenen Resilience Day am 15. Oktober. An diesem Tag sind unter anderem mit Keynotes und Bühnengesprächen dabei: **Holger Münch**, Präsident des Bundeskriminalamts, **Florian Hager**, ARD-Vorsitzender und Intendant des Hessischen Rundfunks, **Anette Dowideit**, Chefredakteurin von CORRECTIV, **Sabine Lackner**, Präsidentin des Technischen Hilfswerks, **Katrin Hirseland**, Vizepräsidentin des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, **Dr. Achim Brötel**, Präsident des Deutschen Landkreistages, und **Dr. Volker Pötzsch**, Chef des Stabes, Kommando Cyber- und Informationsraum der Bundeswehr.

Weitere Informationen gibt es unter www.smartcountry.berlin.

Kontakt

Andreas Streim
Pressesprecher
Telefon: +49 30 27576-112
E-Mail: a.streim@bitkom.org
Download Pressefoto

Marc Danneberg
Leiter Public Sector
Download Pressefoto
Nachricht senden

Sven Wagner
Bereichsleiter Smart City
Download Pressefoto
Nachricht senden

Christian König
Manager Public Sector
Download Pressefoto
Nachricht senden

Hinweis zur Methodik

Grundlage der Angaben ist eine Befragung, die Bitkom Research im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt hat. Dabei wurden 1.004 Personen in Deutschland ab 18 Jahren telefonisch befragt. Die Befragung fand im Zeitraum von KW 33 bis KW 37 2026 statt. Die Umfrage ist repräsentativ.

Direktlink: ***https://www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/KI-Amt-Grosse-Mehrheit-Ja***